AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 43. Jahrgang, **Nr. 8**, Freitag, 29. April 2022

Für Freiheit und Sicherheit 2

Nein zum neuen Transplantationsgesetz 15

Nato-Euphorie 17

Frühlingserwachen im Zürcher Unterland
Bild: Verena Magnani, Bülach ZH

Freiheit und Sicherheit

Dafür stehen wir ein!

von Marco Chiesa, Präsident der SVP Schweiz, Ruvigliana TI

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind eine echte Volkspartei. Die Luxuslinken der SP sind längst keine Arbeiterpartei mehr. Die SP besteht aus hochbezahlten Akademikern und abgehobenen Gutmenschen, die an den wahren Problemen der Menschen vorbei politisieren. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns drastisch vor Augen: Frieden und Sicherheit sind nie selbstverständlich. Dennoch hat die weichgespülte und verblendete Mitte-Links-Mehrheit in Bundesrat und Parlament in den letzten Jahrzehnten umgesetzt, wovon die linken Armee-Abschaffer nicht einmal zu träumen wagten. Unsere Armee kann die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung nicht mehr gewährleisten.

Wir stehen felsenfest für die Sicherheit …

Das ist die Realität. Die SVP ist die einzige Partei, die seit jeher konsequent für die Sicherheit einsteht. Wir wollen die Schweiz wieder sicher machen. Dazu braucht unsere Armee die neuen F-35-Kampfjets, eine verstärkte Boden-Luft-Abwehr, einsatzfähige Panzer und mehr Personal. Deshalb fordern wir, dass der Verteidigungsetat um mindestens zwei Milliarden auf 1 Prozent unserer volkwirtschaftlichen Leistung (BIP) angehoben wird. Und noch etwas: Ich erwarte von einer Bundesratspartei, dass sie zur Armee steht. Ich erwarte von der SP, dass sie ihre Anti-Kampfjet-Initiative sofort zurückzieht!

… für die integrale Neutralität …

Unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität ist ein Grundpfeiler unseres Staates. Sie hat unser Land seit über 200 Jahren vor blutigen Konflikten bewahrt. Heute wird diese zentrale Staatsmaxime dramatisch ausgehöhlt: Wir sind weder ausreichend bewaffnet noch ist die Schweiz derzeit wirklich neutral. Der Bundesrat und die anderen Parteien wollen, dass die Schweiz in den Uno-Sicherheitsrat einzieht. Das ist eine Katastrophe für unser Land. Denn dieses Gremium der Grossmächte entscheidet über Krieg und Frieden. Wir wollen doch unsere Neutralität wegen ein paar eitlen Diplomaten, die in New York ans Rednerpult gehen dürfen, nicht aufgeben!

Tatsache ist: Für die anderen Parteien ist die Neutralität nur noch eine leere Floskel. Das sehen wir aktuell in der Ukraine-Krise. Sie betreiben lieber billige Symbolpolitik und opfern die Neutralität der Schweiz. Auch hier ist die Haltung der SVP klar: Wir verurteilen Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste. Das angebliche «Putin-Verständnis» in unseren Reihen ist eine böswillige Unterstellung der Medien. Einen Konflikt zu analysieren heisst nicht, ihn gutzuheissen. Wir haben es mit einer brutalen Aggression gegen einen souveränen Staat zu tun. Umso mehr muss das Leid der Bevölkerung ein Ende haben. Dafür braucht es Friedensverhandlungen. Es ist sehr bedauerlich, dass der Bundesrat unter dem Druck des Auslands und der Medien eingebrochen ist und die Schweiz ihre neutrale Position als Vermittlerin nicht mehr einbringen kann.

… und für eine sichere, unabhängige, kostengünstige Energieversorgung

Zu einer umfassenden Sicherheitspolitik gehört auch ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln. Die Schweizer Bauern wollen Lebensmittel produzieren und nicht Schmetterlinge zählen. Wir dürfen nicht noch abhängiger werden von Nahrungsmittelimporten. Das Gleiche gilt für die Energie-

versorgung. Die Links-Grünen wollen kein Öl und kein Gas mehr. Und gleichzeitig wollen sie die AKW abschalten, und sie verhindern mit Einsprachen den Ausbau von Wasserkraftanlagen und Windparks. Woher, meine Damen und Herren, soll denn der Strom kommen? Aus der EU? Die haben selber zu wenig Strom.

Linke Hühnerhof-Politik

Wir haben bereits im Januar vom Bundesrat gefordert, einen «Stromgeneral» zu ernennen, der bis zum Sommer Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung ausarbeitet. Und was tut die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga? Sie schlägt im Februar den Bau von Gaskraftwerken vor. Die SP applaudiert.

Drei Wochen später bricht der Ukraine-Krieg aus – und gleiche die SP fordert, dass die Schweiz kein russisches Gas mehr importieren soll. Das ist eine Hühnerhof-Politik, wo alle durcheinanderflattern.

Stoppen wir diesen ökologischen Blindflug, sonst gibt es eine Katastrophe! Und wer, wenn nicht wir, soll diesen Kampf führen? Sie sehen: Die Schweiz braucht eine starke SVP mit motivierten, kämpferischen Mitgliedern. Ich zähle auf Sie!

Marco Chiesa

Neutralität – eine Staatsmaxime, kein moralisches Gebot

«Die Stärke unserer Neutralität beruht in ihrer Klarheit und Beständigkeit. Die Unterscheidung zwischen militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen würde sich heute für die Schweiz als trügerisch erweisen. Wenn sie zu wirtschaftlichen Druckmitteln griffe, könnte sie nach gleichem Massstab beurteilt werden wie ein Staat, der militärische Massnahmen trifft.» Mit solch weitsichtigen Worten erklärten die Schweizer Verantwortungsträger 1938 die umfassende Neutralität, die unser Land später im Zweiten Weltkrieg vor Tod und Zerstörung bewahrt hat. Doch von der damaligen Weisheit ist bei den Verantwortlichen nicht mehr viel zu spüren. Glauben unsere Politiker allen Ernstes, die gegen Russland ergriffenen Sanktionen würden keine Parteinahme der Schweiz im Krieg bedeuten? Doch der Bundesrat gibt die Neutralität preis, unser wichtigstes Sicherheitsinstrument. Was die Schweizer denken und öffentlich sagen, ist ihnen überlassen. Aber der Staat muss strikt neutral sein, alles andere macht ihn zur Partei im Krieg. Hochgeachtete, standhafte, erbebensichere, durch nichts und niemanden auseinanderzudividierende SVP-Familie: Wir geben unsere Neutralität nicht preis!

Roger Köppel, Nationalrat, Küsnacht ZH

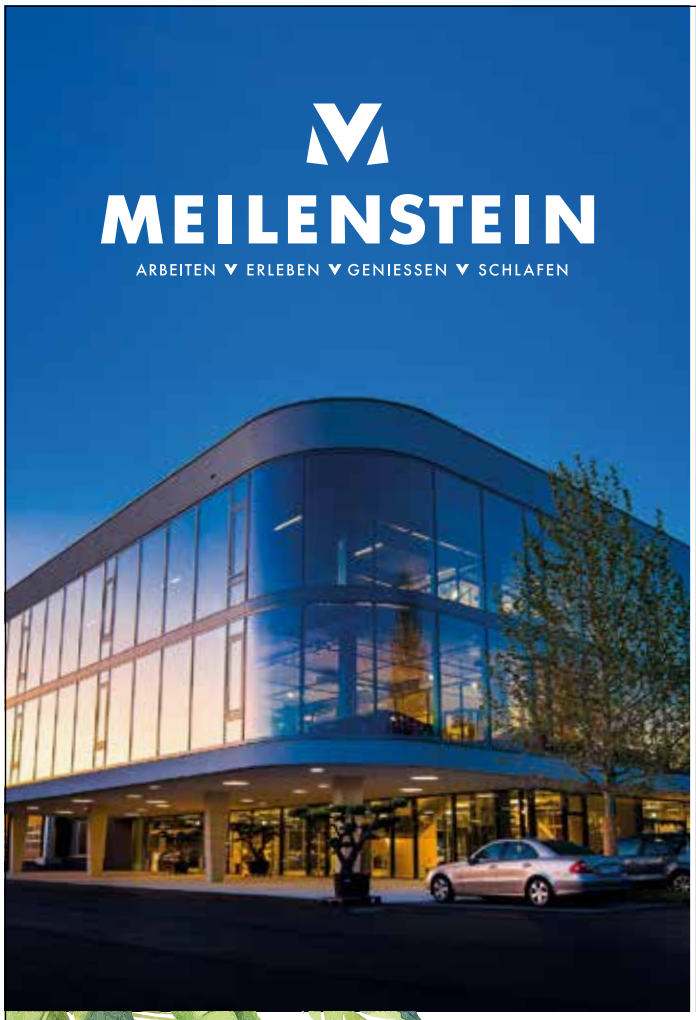
(Auszüge aus den Ansprachen Chiesa und Köppel an der SVP-Delegiertenversammlung vom 9. April 2022 in Chur)

Der doppelte Irrweg

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

KIDDY DOME
SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ

WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH – 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Churz&Bündig

Die EU hat sämtlichen grösseren und grossen Konzernen im EU-Raum verordnet, dass fortan vierzig Prozent aller Verwaltungsräte von Persönlichkeiten weiblichen Geschlechts belegt sein müssten. Ob diese Verordnung zeitgemässer Gender-Ideologie entspricht? Ist sie der neuen Möglichkeit gewachsen, dass man heutzutage für ein paar Franken oder Euro das eigene Geschlecht biologieverachtend, dafür gefühlsuntertan, kurzfristig wechseln kann?

*

Vor bald zwei Monaten liess sich der Brand auf einem Hochsee-Frachter trotz tage-, ja wochenlanger umfassendster Bemühungen nicht mehr löschen. Ein Ereignis, das es kaum irgendwo in die Schlagzeilen geschafft hat – obwohl dieser Schiffsbrand viertausend hochwertige Autos der Marken Porsche, Bentley und VW vernichtet hat und die Schadensumme den astronomischen Betrag von fünfhundert Millionen Dollar erreichte. Warum wurde dieses Schadenereignis kaum als berichtenswert eingestuft? Etwa deshalb, weil die Nicht-Löschbarkeit damit zusammenhing, dass Batterien von Elektro-Autos auf diesem Schiff in Brand geraten sind?

*

Weder ideologisch motivierte Verbote noch unter Rot-Grün-Druck erlassene Gebote werden der Schweiz den Energiebedarf von Wirtschaft und Gesellschaft decken. Dieses Ziel kann allein im freien Wettbewerb zwischen keinerlei Hindernissen ausgesetzten Versorgungstechnologien erreicht werden. Doch Frau Simonetta Sommaruga, linke Energieministerin, will von dieser Tatsache nichts wissen. Ob erst ein Blackout sie zu heilen vermag?

us

*

Cédric Wermuth will 10'502 Bundesbeamte entlassen. Von den 12'215 Mitarbeitern (Vollzeitstellen) des VBS arbeiten deren 10'502 für die Verteidigung (Vollzeitstellen inkl. armasuisse). Würde die Armee abgeschafft, wie vom SP-Parteiprogramm gefordert, könnten damit 1,59 Milliarden Franken Personalkosten eingespart werden, das sind 151'000 Franken pro Beschäftigten.

Hans Kaufmann, Wettswil am Albis ZH

Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Worte allein genügen nicht

Zunehmend unberechenbare Entwicklungen sowohl hierzulande als auch rund um die Welt verbreiten Unsicherheit. Der Furor erschreckt, mit dem linke Aktivisten auf der Strasse und in den Medien reguliertes Gender-Denken zu diktieren versuchen, eigenständige Gedanken – wer nur schon Viktor Orban als beeindruckenden Politiker einstuft – skrupellos in Rassismus-Nähe rückend.

Was folgt aus dem brutalen Krieg gegen die Ukraine? Droht Eskalation? Ist Taiwan noch sicher? Bleiben die Knöpfe, die Atomwaffen auslösen, unberührt? Welche Folgen resultieren aus der sich bedrohlich ausweitenden Inflation in den USA und in der EU?

Spalte rechts

Fragen, die heute nicht zu stellen, schlicht töricht wäre. Aber gegen Befürchtetes bloss Worte ins Feld zu führen: Genügt das?

Sind wir in der Schweiz – unserer direkten Demokratie, unserer Freiheit verpflichtet – ausreichend gerüstet, auch schwierige Herausforderungen zu bestehen, die uns überraschend treffen können? Unsere Armee ist bedenklich vernachlässigt worden. Sollen wir uns deswegen eiligst unter dem Nato-Schild verkriechen – Eigenständigkeit preisgebend?

Dafür sind wir Schweizerinnen und Schweizer nicht zu haben. Die allzu lange der Ausblutung überlassene Armee kann, wenn wir entschlossen und rasch vorgehen, wieder bedrohungsgerecht instand gestellt werden. Dazu ist zunächst vor allem die Koalition zwischen den Armee-Zerstörern und den der Armee gegenüber zunehmend gleichgültigen Brüssel-Freunden in der Classe politique aufzubrechen. Es genügt nicht, der Armee bloss zwei Milliarden mehr jährlich zuzuhalten. Vordringlich sind endlich die notorischen Armeegegner aus Medien und politischen Ämtern sowie aus der Brüssel ergebenen Bundesverwaltung zu entfernen.

Der Souverän, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Wählerinnen und Wähler, müssen Klarheit schaffen: Wer die Armee abschaffen, wer unsere Armee zerstören will, der will die Schweiz zerstören, der oder die gehören weder in eine Verwaltung noch ins Parlament. Wer jetzt die Erneuerung des heutiger Bedrohung nicht mehr gewachsenen Luftschirms über unserem Land verhindert, muss aus Ämtern, von denen aus er der Armee schaden kann, entfernt werden.

Dafür kämpft die Schweizerzeit. Heute mit Worten. In wenigen Tagen folgen Taten. Lassen Sie sich überraschen!

Ulrich Schlüer

Die Schweiz braucht eine starke Armee

Es herrscht Krieg in Europa. Eine Tragödie, welche sich praktisch vor unserer Haustür abspielt. Noch vor kurzem haben sogenannte Sicherheitspolitikerinnen der SP und der Grünen gesagt, die Zeit von Bewegungskriegen sei vorbei. Gleichzeitig beantragten die linken Parteien, das Armeebudget der Schweiz massiv zu kürzen. Das Parteiprogramm der SP Schweiz verlangt immer noch die Abschaffung unserer Armee. Die Realität – siehe Ukraine – ist eine andere. Die Schweiz braucht eine starke Verteidigungsarmee. Es ist unglaublich, dass in unserem Land linke Kreise immer noch Unterschriften gegen den Kauf von 36 Kampfflugzeugen F-35 sammeln. Es ist dies ein weiterer Schritt der Linken hin zu ihrem Ziel der Armeeabschaffung.

Im Krisen-, Konflikt- oder Kriegsfall muss die Schweiz in der Lage sein, sich selbst zu schützen und zu verteidigen. Im Ernstfall ist kein Verlass auf Partner und Verbündete, die zur Unterstützung oder Kooperation fähig oder willens wären. Deshalb brauchen wir eine Miliz-Armee, die ihren Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung erfüllen kann, der da lautet: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.» Mit den heutigen Mitteln und mit noch rund 100'000 Armeeangehörigen ist das nicht möglich.

Zur Erfüllung des Armeeauftrags ist die notwendige personelle Alimentierung wie auch die materielle Ausrüstung politisch sicherzustellen. Der Ausbildungsstand, welcher zum Einsatz der verbundenen Waffen befähigt, ist mit regelmässigen – und auf die gefährlichste Bedrohungen ausgerichteten – Volltruppenübungen zu überprüfen. Bei solchen Übungen müssen alle militärischen Stufen (Soldaten, Kader, politische Führung) zusammen mit den zivilen Partnern aus dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) im Einsatz stehen und beurteilt werden.

Die SVP verlangt die Aufstockung des Armeebudgets auf 1 Prozent des BIP, das sind jährlich sieben Milliarden Franken, also rund zwei Milliarden Franken mehr als heute. Zudem ist die Anzahl Militärdienstpflichtiger auf mindestens 120'000 zu erhöhen. Und wir ermächtigen den Bundesrat, den Kaufvertrag für die dringend benötigten F-35 unmittelbar nach der Beratung der Armeebotschaft 2022 noch in diesem Jahr zu unterzeichnen.

Mauro Tuena, Nationalrat, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, Zürich

Wegen der linken Energiepolitik hängen wir an Putins Gashahn

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die EU-Länder und auch die Schweiz völlig unvorbereitet getroffen. Schutz, Sicherheit und Versorgung sind plötzlich auch bei uns in Frage gestellt. Neben dem Handlungsbedarf bei der Armee und weltweiten Engpässen in der Ernährung ist die unsichere Energieversorgung bereits zu spüren. Europa und die Schweiz hängen an Putins Gashahn. Die EU produziert aus Gas Strom, ohne Gas bricht das Stromnetz auch in der Schweiz zusammen. Ein Zusammenbruch der Wirtschaft mit Massenentlassungen und Konkursen wäre die dramatische Folge.

Als Lösung wird nun überall teures Flüssiggas gesucht. Überstürzt wollen Linke/Grüne mehr Wärmepumpen und Solaranlagen, was im Winter die Stromlücke noch verschärft. Allein die Angst, die Energieversorgung aus Russland könnte stottern, hat die Energiepreise hochgetrieben und lässt die Preise an den Zapfsäulen und von immer mehr Gütern nach oben schnellen. Bereits ist ein Rückgang der Konjunktur festzustellen.

Die links-grüne Energiepolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass wir jetzt an Putins Gashahn hängen. Graubündens Wasserkraft liefert jährlich acht Terawattstunden (TWh) Strom. Nur ein Viertel davon braucht der Kanton selber. Drei Viertel werden ausserhalb Graubündens verbraucht. Die Wasserkraft ist CO_2-frei, aber ihr Ausbau ist wegen Links-Grün verunmöglicht. Mit übertriebenen Umwelt- und Landschaftsschutz-Auflagen verhindern sie alle neuen Wasserkraft-Projekte. Nicht einmal bestehende Staumauern dürfen erhöht werden. Das inländische Stromangebot reicht nicht aus. Solar funktioniert trotz hoher Subventionen nur im Sommer, und das integrierte Stromnetz mit der EU ist ein grosses Risiko. Bereits 2024/25 zeichnet sich eine Winterstromlücke ab. Die Utopien der Linken/Grünen haben verhindert, dass wir hier rechtzeitig gehandelt haben.

Wir brauchen eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung! Aber niemand fühlt sich dafür verantwortlich. Die zuständige Bundesrätin Sommaruga lässt uns konzeptlos gegen die links-grüne Wand laufen. Es ist aber bereits 5 nach 12! Die SVP hat deshalb schon im Januar einen Strom-General gefordert, der Varianten für eine sichere Stromversorgung vorlegt und die Stromkonzerne und die Politik in die Pflicht nimmt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Linken/Grünen unsere Wirtschaft und unsere Lebensqualität zerstören. Der Bundesrat muss jetzt handeln!

Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide GR

Frischer Fisch statt von der Leyen

Färöer – freie Wikinger

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Ihr Kolumnist war in den Ferien auf den Färöer-Inseln. Und entdeckte dort unbeugsame, EU-skeptische Wikinger.

Die Färöer sind eine Inselgruppe zwischen Schottland, Norwegen und Island mit etwa 50'000 Einwohnern. Die Bewohner (Färöer oder Färinger genannt) stammen von den Wikingern ab und sprechen eine eigene Sprache, die mit dem Isländischen und dem Norwegischen verwandt ist.

Alte Wikingertradition

Die kargen Inseln, auf denen es zwar wegen des Golfstroms im Winter nicht richtig kalt, aber auch im Sommer nie richtig warm wird, waren im 6. Jahrhundert ein ideales Ziel für irische Mönche, denen die Ödnis und Abgeschiedenheit gerade recht war. Nach 800 fand die Landnahme durch die Wikinger statt. Gemäss alter Wikingertradition versammelten sich jeweils alle freien Männer am Althing in der Hauptstadt Tórshavn, um ihre Siedlerrepublik zu verwalten.

Achtung Piraten!

Auf den fetten, feuchten aber meist steilen Wiesen der Inseln fühlten und fühlen sich insbesondere Schafe pudelwohl, weshalb muslimische Piraten ab 15. Jahrhundert die Färöer terrorisierten. 1629 etwa suchten zwei Schiffe einen kleinen Ort heim, versklavten mehr als dreissig Frauen und Kinder, raubten, was ihnen unter die Finger kam und brannten dann den Ort nieder. Solche Erfahrungen waren derart traumatisch, dass die Bewohner noch zweihundert Jahre später in die Berge flüchteten, wenn unbekannte Schiffe auftauchten.

Dänische Kriegsschiffe patrouillieren in den Fjorden der Färöer.

Moderne Fischereination

Die freiheitsliebenden Nordmänner waren lange auch eine Kolonie Norwegens und bis in jüngster Zeit Dänemarks. Als Mitte des 19. Jahrhunderts der Monopolhandel mit Dänemark abgeschafft wurde entwickelte sich innerhalb von fünfzig Jahren aus einer jahrhundertealten, aber von fremden Mächten abhängigen Agrargesellschaft eine moderne Fischereination. Nach der Besetzung der Färöer im Zweiten Weltkrieg durch die Briten wuchs bei den Färingern die Überzeugung weiter, dass sich die Färöer in Zukunft selbständig um ihre Angelegenheiten kümmern sollten und könnten.

Unabhängiger Kleinstaat

Heute ist die Nation der Färinger zwar völkerrechtlich anerkannt und es gibt eigene färöische Pässe, Geldscheine, Briefmarken, Autokennzeichen und ein modernes Parlament. Aber immer noch sind die Inseln eine «gleichberechtigte Nation innerhalb des Königreichs Dänemark», und so liegt die Gerichtsbarkeit in letzter Instanz in Dänemark. Auch die Sicherheits- und Aussenpolitik wird noch in Kopenhagen gemacht. Den Weg von einer von fremden Mächten dominierten Kolonie zu einem unabhängigen Kleinstaat gehen die Färöer aber weiter.

Kein EU-Beitritt

Als Dänemark 1972 der Europäischen Gemeinschaft beitrat, verweigerten die Färöer diesen Schritt. Der gesamte Handel mit den EU-Ländern wird seitdem durch speziell ausgehandelte Verträge geregelt, ähnlich wie bei uns. Das schafft Raum für andere Handelsabkommen: Im Jahr 2005 bildeten die Insulaner mit dem «Brudervolk» der Isländer eine gemeinsame Wirtschaftszone, und nachdem die nahen Briten mit dem Brexit gewissermassen auf die Seite der Färöer gewechselt haben, sieht man auch hier Chancen.

Kaum Zuwanderung, dafür schnelles Internet

Die unabhängigen und eigensinnigen Färinger sind erfolgreich: Zuwanderung gibt es kaum, dafür wird der Ausbildung hohes Gewicht beigemessen. Und selbst im entlegensten Teil der Insel ist man durch ein schnelles Internet an die Welt angeschlossen. Die Färöer wissen, was wichtig ist: Fernab von Brüssel selbst entscheiden zu können – frischer Fisch statt von der Leyen!

Hermann Lei

Leserbriefe

Rot-grüne Energieschwätzer

Täglich werden wir bombardiert vom Geschwätz der Energie-Besserwisser. Die Fakten: 93,4 Prozent unserer Elektrizität stammen aus der Schweiz, und zwar aus der Wasser- und Atomkraft. Es ist unsinnig, die «neuen Energiequellen» Wind und Solar zu zelebrieren, denn sie sind lediglich «Flatterenergien», d.h. nur verfügbar bei Wind und Sonnenschein. Während fast eines Jahrhunderts war die schweizerische Energiewirtschaft weltweit führend in den Bereichen Haushalt und Industrie. Es gemahnt an einen Witz des Jahrhunderts, wenn man nun plant, Gaskraftwerke zu bauen. Die simple Wahrheit liegt in der Tatsache der Überbevölkerung bzw. Masseneinwanderung. Wenn uns elektrische Energie fehlt, dann, weil Millionen neuer Konsumenten aus dem Ausland versorgt werden müssen. Es braucht daher einen Einwanderungsstopp, die Rückwanderung erheblicher Ausländerkontingente oder die Wiedereinführung des Saisonnier-Statuts, wie das gewisse EU-Staaten machen.

Hans Georg Lips, Kreuzlingen TG

Absurdes um die Züri City Card

Am 15. Mai wird in Zürich darüber abgestimmt, ob man den sogenannten «Sans-Papiers» eine spezielle Ausweiskarte abgeben soll. Ein positives Abstimmungsergebnis ist absehbar. Alle Haushaltungen haben einen Abstimmungsprospekt mit Konterfeis diverser Politiker erhalten. Danach sollen rund 10'000 Leute illegal in der Stadt Zürich leben. Da reibt man sich schon aus grundsätzlichen Überlegungen die Augen. Aber geradezu absurd ist der folgende Passus im Prospekt: «Macht sich die Stadtpolizei strafbar, wenn sie die Züri City Card anerkennt? Führt die Stadtpolizei eine Personenkontrolle durch, genügt die Züri City Card zur Identifizierung. Nur wenn ein Verdacht auf illegalen Aufenthalt vorliegt, muss die Polizei zusätzlich einen Pass/ID erfragen. Das Vorweisen einer Züri City Card begründet keinen solchen Verdacht.» Mit Verlaub: Ich bin überfordert. Die «Sans-Papiers» sind ja eben Leute, welche illegal hier leben!

Hans-Peter Köhli, Zürich

Anschlag auf unsere Neutralität

Bei Spannungen und militärischen Auseinandersetzungen in Europa (Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien) wurden stets militärische Forderungen gestellt, die dann bei Beruhigung der Lage in der Schublade verschwanden. Heute, in Anbetracht des Angriffskriegs gegen die Ukraine, ruft FDP-Präsident Burkart nach weiteren Milliarden für die Armee und will sich der Nato annähern. Vorbei sind die Zeiten, als für die FDP im Parlament militärisch erfahrene Regimentskommandanten und hohe Offiziere die Sicherheitspolitik prägten und Gross-Unternehmer ihre Führungserfahrung einbrachten. Der Berufspolitiker Burkart nutzt den Ukrainekrieg, um sich und die Liberalen in die Schlagzeilen zu bringen und beschädigt damit unsere bewährte dauernde, bewaffnete Neutralität als anerkannte Friedenspolitik. Hütet euch am Morgarten! Die Schweiz bleibt nur dann unsere Schweiz, wenn sie neutral bleibt.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR

Nachhaltige Energiestrategie?

Seit dem Schadenfall in Fukushima ist die Kernenergie, obwohl CO_2-frei, verpönt. Nun will unsere Regierung die künftig fehlende Energie mittels Erhöhung der Wasserenergie (+7%) sowie durch den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik decken. Diese auf den ersten Blick attraktive Strategie ist jedoch wegen der fehlenden Speicherkapazität zurzeit nicht umsetzbar. Der Bundesrat will deshalb Gaskraftwerke. Mit dieser sogenannten «Energiestrategie» ist die Versorgungssicherheit durch elektrische Energie mittelfristig nicht gewährleistet, und der Strom wird massiv teurer. Das ist mit Sicherheit nicht die Strategie, welche das Schweizer Stimmvolk gewollt hat. Nur mit dem Zusammenwirken der verschiedenen Technologien werden wir weiterhin eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Stromversorgung haben. Es braucht auch hier den guten, bewährten schweizerischen Kompromiss.

Paul von Euw, Kantonsrat, Bauma ZH

Energiefirmen unter bundesrätlichem Schutzschirm

PICs Volltreffer

Fiktives Szenario: Wenn ein florierendes Schweizer Unternehmen, egal welcher Branche, ins Ausland expandiert, so ist dies gängiger Usus. Vernachlässigt es dabei den ursprünglichen Schweizer Markt, die heimische Produktionsstätte samt Schweizer Kundschaft, so rächt sich dies: Es kann im Bedarfsfalle auf keine Staatsunterstützung zählen.

Reales Szenario: Lange Jahre nahmen Schweizer Energieunternehmen wie Axpo und Alpiq über ihr Auslandengagement enorme Risiken auf sich – mit fraglichem Nutzen für inländische Endverbraucher. Ständige Preisschwankungen in gravierender Höhe bei Elektrizität, Erdöl und Gas bringen auch finanzstarke und leistungsfähige Schweizer Energiefirmen in Schieflage. Börsenkotierte Energieunternehmen benötigen massenhaft Geld zur Sicherstellung von Termingeschäften.

Alpiq geriet Anfang Jahr ins Trudeln, und selbst die Axpo hatte zu kämpfen, als klar wurde, dass mit der Stilllegung der Kernkraftwerke und der Forcierung von Wind- und Solarenergie die Probleme blieben. Prompt erinnerte man sich an den «Financier» Staat, der einspringt, wenn Finanzschwund droht. Und prompt tat der Bundesrat dieser Tage kund, er prüfe eine «Finanzinjektion» für die Strombranche. Dann betrat SP-Energieministerin Simonetta Sommaruga die Bühne und fügte ihren Baustellen eine weitere hinzu. Sie sah nach Cäsars «veni-vidi-vici» in staatlichen Bürgschaften und kostenträchtigen Darlehen die einzige Lösung und schreckte auch vor angedrohter Eigentumsbeschränkung nicht zurück. Und durch ihre gewöhnungsbedürftige Interaktion entstand der (fälschliche) Eindruck entstand, Schweizer Energiekonzerne seien nur beschränkt handlungsfähig.

Fazit: Steuerzahler zahlt, Bund rettet, SP-Sommaruga klimpert so virtuos wie von Dissonanzen behaftet auf der Klaviatur eines unbändigen Aktivismus'. Und die Hauptsache: Sie sieht sich in ihrer vorgeblichen Souveränität bestätigt.

Ob Schweizer Haushalte unter dieser energietechnischen Staatsägide bald mal nicht mehr nach dem Preis von Lebensmitteln fragen, sondern nur noch, was ihre Zubereitung kostet?

Betrübliche Erkenntnis: Liessen sich Polit-Agitation, überbordender Machtwille und Anspruch auf Alleinkompetenz in pure Energie umwandeln, wäre es in Bundesbern wohl schon längst zur Kernschmelze gekommen.

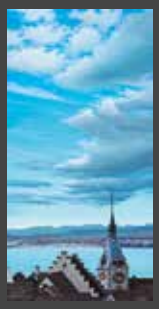
Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*

Andrea Bösiger Paintings

andrea bösiger Paintings

Ägeristrasse 26, 6300 Zug
www.andreaboesiger.ch

Andrea Bösiger ist eine Zuger Künstlerin, welche sich auf photorealistische sowie abstrakte Gemälde spezialisiert hat. Ihre Werke fertigt sie bevorzugt mit Acrylfarben auf Leinwänden von unterschiedlichem Format an. Auch Ölgemälde und Bleistiftzeichnungen finden sich unter ihren zahlreichen Arbeiten. Andrea Bösigers Werke sind als Originale, sowie als Prints zu erwerben. Für weitere Informationen besuchen Sie doch die Webseite www.andreaboesiger.ch



Liebe Schweizerzeit-Leserinnen und -Leser

Helfen Sie mit, Kinderleben zu retten

Jetzt unterschreiben!

Eine Abtreibung ist kein belangloser Entscheid. Deshalb soll mindestens ein Tag Bedenkzeit zur Regel werden.

«Bei jedem wichtigen Entscheid im Leben macht es Sinn, einmal darüber zu schlafen. Hier erst recht.»
Andrea Geissbühler, Nationalrätin Kanton Bern

«Mit einem Tag Bedenkzeit können zahlreiche Babys in der Schweiz gerettet werden. Das muss es uns wert sein.»
Maria-Rita Marty, Kantonsrätin Kanton Zürich

«Ein Tag Bedenkzeit schützt Frauen vor überstürzten Abtreibungen unter Druck und Stress.»
Tabitha Bender, Sekundarlehrerin, Basel

«Ohne Bedenkzeit kann der gesetzliche Hinweis auf Beratungs- und Hilfsangebote kaum wahrgenommen werden.»
Therese Schläpfer, Nationalrätin Kanton Zürich

«Eine Bedenkzeit ist kein Novum. 18 europäische Staaten kennen bereits eine Bedenkzeit.»
Alois Gmür, Nationalrat Kanton Schwyz

Weitere Informationen mit QR-Code:
einmal-darueber-schlafen-initiative.ch

Ein bereits ausserhalb des Mutterleibes lebensfähiges Baby soll ein absolutes Recht auf Leben haben.

«Ausserhalb des Mutterleibes lebensfähige Babys sollen wie Frühgeburten mit einem absoluten Recht auf Leben behandelt werden.»
Yvette Estermann, Nationalrätin Kanton Luzern

«Fortschritte in der Medizin ermöglichen, dass auch Frühgeburten hohe Überlebenschancen haben. Das sollten wir nutzen.»
Erich von Siebenthal, Nationalrat Kanton Bern

«Auch behinderte Babys haben ein Recht auf Leben.»
Maria-Rita Marty, Kantonsrätin Kanton Zürich

«Ausserhalb des Mutterleibes lebensfähige Babys sollen gerettet werden, auch weil viele Eltern auf eine Adoption warten.»
Andreas Gafner, Nationalrat Kanton Bern

«Spätabtreibungen sind auch für die betroffenen Ärzte ein unzumutbarer Horror.»
Floriane Mabillard, Rechtsanwältin und Notarin, Wallis

Weitere Informationen mit QR-Code:
lebensfaehige-babys-retten-initiative.ch

Unterschriftenbögen liegen dieser Ausgabe bei

Die beiden «Anti-Abtreibungsinitiativen» wollen …

… ungeborene Kinder schützen

Im Initiativ-Komitee sind vertreten: Die Nationalrätinnen Verena Herzog, Yvette Estermann, Andrea Geissbühler und Therese Schläpfer, sowie die Nationalräte Erich von Siebenthal, Alois Gmür und Andreas Gafner und weitere Persönlichkeiten.

Am 21. Dezember 2021 hat ein überparteiliches Komitee aus Vertretern von SVP, EDU, EVP und Die Mitte den Start von zwei neuen Volksinitiativen bekannt gegeben. Ihr Ziel ist es, das Leben von ungeborenen Kindern besser zu schützen und Frauen, die sich in einem Abtreibungskonflikt befinden, wirksam zu helfen.

Die **«Einmal-darüber-schlafen-Initiative»** legt gesetzlich fest, dass Frauen vor einer Abtreibung eine Bedenkzeit von mindestens einem Tag gewährt werden muss. Eine solche Bedenkzeit kennen bereits achtzehn europäische Staaten: In Deutschland sind es mindestens drei Tage, in Italien sogar sieben Tage.

Für eine solche Regelung gibt es gute Gründe. Bei jedem wichtigen Entscheid im Leben macht es Sinn, noch einmal darüber zu schlafen – bei einer Abtreibung erst recht. Ein Tag Bedenkzeit schützt Frauen vor überstürzten Entscheidungen unter Druck und Stress. Und nur mit einer Bedenkzeit können sie auch ihr Recht wahrnehmen, den vom Arzt oder der Ärztin überreichten Leitfaden mit Hilfsstellen zu konsultieren und um Hilfe nachzufragen. Das Initiativkomitee geht davon aus, dass mit einer solchen äusserst pragmatischen Massnahme gegen zehn Prozent aller Abtreibungen vermieden werden könnten, das sind in der Schweiz mehr als 1'000 Kinderleben pro Jahr!

Im Juni 2014 hat Nationalrätin Verena Herzog, SVP, eine Motion eingereicht mit dem Titel «Massnahmen zur Reduktion der Schwangerschaftsabbrüche» (14.3442). Darin empfahl sie unter anderem eine dreitägige Bedenkzeit vor jeder Abtreibung. Die Motion wurde 2016 ergebnislos abgeschrieben. Deshalb wird das Anliegen nun mit dieser Volksinitiative erneut aufgenommen.

Die **«Lebensfähige-Babys-retten-Initiative»** beschäftigt sich mit einer besonders schockierenden Thematik – jener der Spätabtreibungen. Das Initiativkomitee lehnt auch Abtreibungen vor diesem Zeitpunkt ab, jedoch sind Abtreibungen an Babys, welche ausserhalb des Mutterleibes bereits lebensfähig sind, ganz besonders grausam und unmenschlich.

Jährlich fallen diesen Spätabtreibungen zwischen 50 und 100 Babys zum Opfer. Die Babys, welche teilweise lebend zur Welt kommen, werden nicht selten zum Sterben weggelegt. Immer verbreiteter ist zudem der Fetozid, bei welchem den ungeborenen Babys eine Kalium-Todesspritze direkt ins Herz injiziert wird, um zu verhindern, dass sie lebend zur Welt kommen, atmen und weiterleben können. Solche barbarischen Eingriffe müssen verboten werden. Denn auch das ungeborene Kind ist ein Mensch und verdient rechtlichen Schutz. Spätabtreibungen sind ferner für das betroffene Spitalpersonal und nicht zuletzt für die Mutter selbst ein traumatischer Eingriff.

Mit zwei Interpellationen (17.3554/19.3713) hat Nationalrat Erich von Siebenthal auf das ethische Problem der Spätabtreibungen in der Schweiz hingewiesen. Und am 4. Mai 2020 hat Nationalrätin Yvette Estermann (beide SVP) in einer Motion (20.3191) nachgedoppelt und gefordert, die Zahl der Spätabtreibungen sei in der Schweiz mit geeigneten Massnahmen zu reduzieren. Diesen parlamentarischen Vorstössen wurde keine Folge gegeben. Umso mehr braucht es jetzt diese Volksinitiative.

Im Namen der beiden Initiativkomitees bitten wir Sie, geschätzte Leserinnen und Leser der Schweizerzeit, diese beiden Initiativen zu unterstützen und den Unterschriftenbogen, der dieser Ausgabe beiliegt, zu unterschreiben und zeitnah zu retournieren, sodass die Initiativen in nützlicher Frist zu Stande kommen.

Die Initiativkomitees danken Ihnen, liebe Leserinnen und Leser der Schweizerzeit, von Herzen für Ihre Unterstützung.

«Es sagte» … Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

Diese Aussage stammt von:

- A Napoleon Bonaparte
- B Friedrich dem Grossen
- C Winston Churchill
- D Wladimir Putin

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 4. Mai 2022** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch
Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer Schweizerzeit-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem Schweizerzeit-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der Schweizerzeit 09/2022 vom 13. Mai 2022.

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli, **Divisionär aD und ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, spricht zum Thema:**

«Bedroht Putin mit seinem Krieg auch die Sicherheit der Schweiz?»

Donnerstag, 12. Mai 2022, in Zürich
Widder Hotel, Rennweg 7, 8001 Zürich

Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Der Anlass ist öffentlich.
Eintritt frei (Kollekte).
Es laden herzlich ein:

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

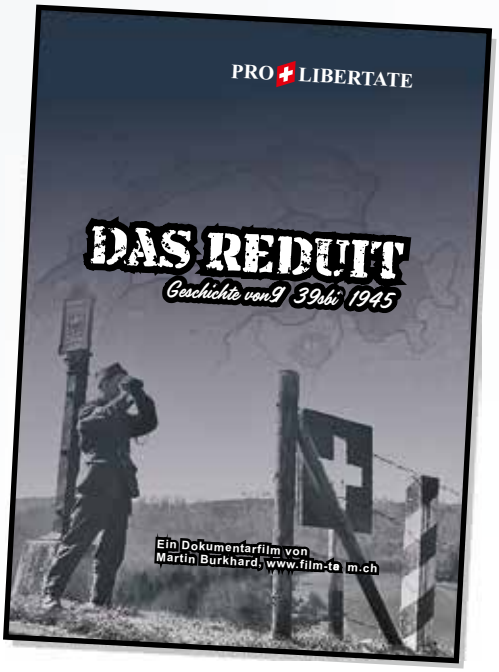
PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945

Das Schweizer Réduit ist ein System aus militärischen Verteidigungsanlagen in den Schweizer Alpen. Während des Zweiten Weltkrieges wurde es zum Inbegriff des Widerstands der Schweiz gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich.

Das Réduit war der wichtigste Teil des Verteidigungsdispositivs, das auf dem Prinzip der Abschreckung beruhte. Die Staffelung der Verteidigung sollte zusammen mit der vorgesehenen Zerstörung der wichtigen Nord-Süd-Verbindungen eine abschreckende Wirkung auf den Gegner ausüben.

Mit dem Operationsbefehl Nr. 2 vom 4. Oktober 1939 ordnete General Guisan die Besetzung und den Ausbau der «Limmatstellung» als erste Armeestellung der Schweizer Armee an, um einen Angriff aus dem Norden und eine Umgehung der Maginot-Linie durch die Schweiz aufhalten zu können. Am 23. Juni 1940 – zwei Tage nach der Kapitulation Frankreichs – gab Guisan den Befehl zur Einstellung der Befestigungsarbeiten in den bisherigen Stellungen. Nur noch letzte Fertigstellungsarbeiten sollten durchgeführt werden.



Schweizer Dokumentarfilm, Dauer: 40 Minuten
Regie und Drehbuch: Martin Burkhard, 3661 Uetendorf, www.film-team.ch
Produktion: PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, www.prolibertate.ch

Ich bestelle den Dokumentarfilm **«Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

_____ Expl. als DVD

_____ Expl. als USB-Stick

☐ Bitte senden Sie mir **Infos über PRO LIBERTATE** zu.

☐ Bitte senden Sie mir **Infos über PIKOM** zu.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon einsenden an: **Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern** (oder via info@prolibertate.ch, Tel. 079 302 10 09)

«Alle Flüchtlinge sind gleich» –

Wer erzählt nur solchen Unsinn?

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Solchen Unsinn kann nur erzählen, wer sich weigert, zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden. Aber diese Unterscheidung wird von der links-grünen Politik und von vielen Hilfsorganisationen und NGO, welche sich im Flüchtlings- und Asylwesen eine goldene Nase verdienen, tunlichst vermieden.

Kürzlich befasste sich eine Sendung bei Radio DRS 1 mit der Frage, ob es seit dem Ausbruch des Angriffskrieges gegen die Ukraine in der Schweiz zwei Arten von Flüchtlingen gebe. Also die guten Flüchtlinge aus der Ukraine und die schlechten aus anderen Destinationen. Zuhörerinnen und Zuhörer konnten in die Sendung anrufen, und viele äusserten sich dahingehend, dass man bereit wäre, den aus dem Kriegsgebiet geflüchteten Frauen und Kindern zu helfen, während der Grossteil der Meinung war, dass viele Migranten aus anderen Ländern vor allem aufgrund der Wirtschaftslage und wegen des Zugangs zu den Sozialtöpfen in die Schweiz einreisen würden.

Daraufhin hat sich eine Vertreterin der Schweizerischen Flüchtlingshilfe fürchterlich enerviert. Sie versuchte zu erklären, weshalb aus Ländern wie Syrien, Afghanistan oder Eritrea – im Gegensatz zur Ukraine – vorwiegend junge Männer die Reise antreten. Als Grund gab sie an, dass eine solche Reise nach Europa gefährlich sei und dass deshalb zuerst die Männer geschickt würden, um dann die Frauen und Kinder nachzuholen. Von der Ukraine aus hingegen könne man locker mit dem Zug oder dem Auto in die Schweiz fahren.

Beispiel Eritrea

Hier hat die Vertreterin der Flüchtlingshilfe schon mal eingestanden, dass Männer wie jene aus Eritrea gar nicht im Sinn haben, bald in ihr Heimatland zurückzukehren, sondern dass primär der Familiennachzug geplant ist – oder dass man Sozialhilfegelder an die Angehörigen und Zurückgebliebenen überweisen möchte. Bleiben wir bei Eritrea: Seit Jahren flüchten Eritreer in die Schweiz, weil sie keinen Militärdienst leisten wollen, obwohl die Wehrdienstverweigerung explizit kein Asylgrund ist. Dass die jungen Eritreer einen längeren Wehrdienst leisten müssen, mag zutreffen und ist für die Betroffenen ein Ärgernis, mehr aber nicht.

In Tat und Wahrheit ist die Schweiz ein lukratives Geschäftsmodell, pumpen doch die Deza, das Seco sowie das Staatssekretariat für Migration Millionenbeträge in die Länder am Horn von Afrika. Zusätzlich überweisen nach Berechnungen der Weltbank in der Schweiz lebende Migranten jährlich 25 Milliarden Dollar in ihre Herkunftsländer. Dazu passt auch, dass im Jahre 2019 der Aussenminister von Eritrea in die Schweiz nach Burgdorf reiste, um hier mit seinen Landsleuten ein Fest zu feiern. Seine Weigerung, mit den Schweizer Behörden im Rahmen eines Rücknahmeabkommens zu kooperieren, ist eine Frechheit, jedoch aus seiner Sicht nachvollziehbar.

Kein Unterschied zur Ukraine?

Und hier sollen wir Schweizer keinen Unterschied zu den jetzt aus der Ukraine Geflüchteten machen dürfen, nur weil es den rot-grünen Flüchtlingsromantikern nicht in den Kram passt? Unsere Bürger sind schlau genug, um zu erkennen, wer wirklich Hilfe braucht und von wem sie über den Tisch gezogen werden. Auch durften wir alle mit Freude zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen in unserem Land bereit sind, Ukrainerinnen mit ihren Kindern aufzunehmen. Von linken Politikerinnen und Politikern ist nicht bekannt, dass sie eine grosse Zahl von jungen Männern aus Syrien oder Afghanistan bei sich zu Hause wohnen lassen …

Vielmehr ist davon auszugehen, dass viele Ukrainerinnen nach dem hoffentlich baldigen Kriegsende mit ihren Kindern in ihre Heimat zurückkehren werden, um aktiv beim Aufbau ihres Landes mitanzupacken. Erfreulich sind auch die vielen ukrainischen Kinder, welche augenblicklich die Schule besuchen wollen. Und diese Mädchen und Knaben freuen sich auf den Schwimmunterricht – und ihre Mütter werden mit Sicherheit nicht wegen Dispensationsgesuchen für ihre Töchter unsere Gerichte bemühen.

Markus Melzl

SOS KMU

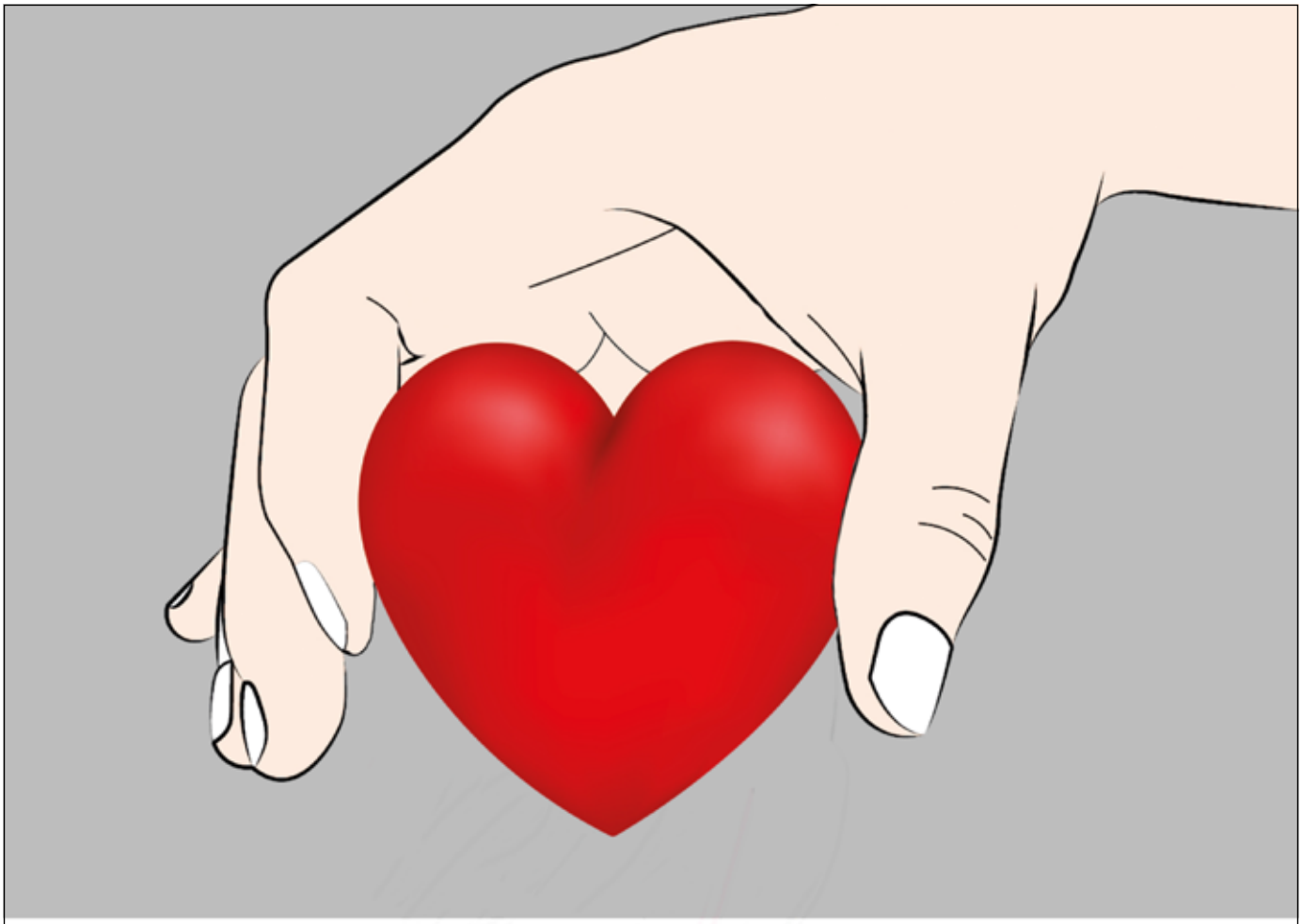
«Technologieverbote und ideologisch motivierte Subventionsprogramme führen direkt in den Blackout.»

Helfen Sie uns mit, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz zu kämpfen!

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch



Wer mein Herz will, muss mich fragen

Transplantationsgesetz

JETZT ABSTIMMEN!

NEIN

am 15. Mai

Mitmachen:

www.transplantationsgesetz-nein.ch

Missachtung medizinisch-ethischer Grundwerte

Nein zum neuen Transplantationsgesetz!

Am 15. Mai stimmen wir über eine Änderung des Transplantationsgesetzes ab. Die sogenannte «erweiterte Widerspruchsregelung» will alle zu Organspendern machen, die zu Lebzeiten nicht widersprechen. Ein solch schwerwiegender Paradigmenwechsel missachtet medizin-ethische Grundrechte und das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen.

Mehr Organspenden? Von wegen!

Die Vorlage ist nur schon deshalb abzulehnen, weil sie ihr vorgebliches Hauptziel nicht erreicht. Schliesslich gibt es keine wissenschaftliche Evidenz, wonach die Widerspruchsregelung in anderen Ländern zu einer höheren Spendenrate geführt hat. Diese Behauptung lässt sich gemäss mehreren Studien – sogar jener, welche der Bundesrat selbst in Auftrag gegeben hat –, nicht aufrecht erhalten. Es ist selbstverständlich zu begrüssen, dass die Zahl der Organspenden erhöht wird. Dazu braucht es mehr Aufklärung und Sensibilisierung. Wie der Name schon besagt, müssen Organ-«Spenden» aber freiwillig erfolgen – das ist auch im Interesse von Organempfängern, die somit Klarheit haben, dass das erhaltene Organ im vollen Bewusstsein gespendet wurde.

Schweigen heisst nicht Zustimmung

Der eigene Körper gehört zum Persönlichsten, was der Mensch besitzt. Daher ist es in einem Rechtsstaat unabdingbar, dass jeder medizinische Eingriff, und sei er noch so geringfügig, nur nach ausdrücklicher Zustimmung (sog. «informed consent») erfolgen darf. Dieses Prinzip muss insbesondere dann gelten, wenn es um den tiefstmöglichen Eingriff in den Körper geht, nämlich die Organentnahme. Der Staat darf Sterbende nicht per Gesetz zum Ersatzteillager deklarieren, ohne sie vorgängig gefragt zu haben. Schweigen darf nicht als automatische Zustimmung missdeutet werden. Es darf nicht sein, dass das in der Verfassung verbriefte Menschenrecht auf Unversehrtheit des menschlichen Körpers nur noch dann gilt, wenn es speziell eingefordert wird.

Belastung der Angehörigen

Das neue Transplantationsgesetz sieht vor, dass die Angehörigen nach dem mutmasslichen Willen der verstorbenen Person befragt werden, sofern sich diese zu Lebzeiten nicht selbst geäussert hat. Entgegen den Behauptungen der Befürworter hat dies keine Entlastung der Angehörigen zur Folge, weil der für die Organentnahme massgebliche Hirntod immer ein plötzliches Ereignis (Unfall, Hirnblutung) ist, das die Angehörigen in Schock und Trauer stürzt und ihr Denkvermögen und ihre Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt. Von Angehörigen in einem solchen Zustand innert kurzer Zeit einen Organspende-Entscheid zu verlangen, ist unethisch. Angehörige werden durch diese Neuregelung nicht entlastet, sondern vielmehr belastet, denn ein Nein zur Organentnahme würde ihnen zudem als «unsolidarisches Verhalten» angekreidet.

Vollständige Information der Bevölkerung unrealistisch

Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, man könne die sechs Millionen erwachsenen Einwohner der Schweiz lückenlos darüber informieren, dass sie widersprechen und sich in ein Register eintragen lassen müssen, wenn sie ihre Organe nicht spenden wollen. Die Widerspruchsregelung würde unweigerlich dazu führen, dass Personen (vor allem aus sozial schwachen Schichten) gegen ihren Willen Organe entnommen werden, weil ihnen zu Lebzeiten nicht bewusst war, dass sie hätten widersprechen müssen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, zum neuen Transplantationsgesetz NEIN zu stimmen.

Anian Liebrand

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!

Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter **www.fee-consult.ch**.

Wir stärken Stärken.

FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch

Kanton Solothurn

Angriff auf die «Steuerhölle»

Solothurn ist ein Hochsteuerkanton. Vor allem das Gewerbe kritisiert die mittelstandsfeindliche Besteuerungspolitik Solothurns.

Rémy Wyssmann

Ein Mitglied des Parlaments, SVP-Kantonsrat Rémy Wyssmann, will mit dem Initiativkomitee für eine kantonale Volksinitiative «Jetz si mir draa – für eine Senkung der Steuern für mittlere und kleine Einkommen» die Steuerhölle Solothurn beseitigen. Er war zunächst überzeugt, nebst der SVP auch die andere grosse bürgerliche Partei, die FDP – zusammen mit dem kantonalen Gewerbeverband – für sein Vorhaben gewinnen zu können. Dem ist allerdings nicht so. Insbesondere die FDP warnt vor der Steuerabbau anvisierenden Initiative: Sie könne «nicht verkraftbare Steuerausfälle» für den Kanton, die Politischen Gemeinden und die Kirchgemeinden bewirken. Seit Verbreitung dieser Warnung sind nur noch wenige FDP-Exponenten bereit, sich für die Senkungsinitiative zu engagieren.

Erstaunliche Prioritäten-Ordnung

Solothurn erweist sich damit einmal mehr als Sonderfall unter den Schweizer Kantonen: In kaum einem anderen Kanton sind die führenden Bürgerlichen enger mit der kantonalen Verwaltung verknüpft (Rémy Wyssmann verwendet dazu das Wort «verfilzt») als im Kanton Solothurn. Dem Gewerbeverband scheinen ausreichende Steuereinnahmen zugunsten vielfältiger staatlicher Förderungs-Anstrengungen wichtiger zu sein als Steuersenkungen, die mittelständische Betriebe entlasten.

Das Ziel der Initiative

Die nunmehr von der SVP weitgehend allein unterstützte Initiative «Jetz si mir draa» trägt der schon lange kritisierten Solothurner Verfilzung insofern Rechnung, als sie die neuen, von ihr vorgeschlagenen Steuersätze keineswegs nach Tiefsteuer-Kantonen wie Zug, Schwyz und Obwalden ausrichtet. Die Initiative will Solothurn bloss dem gesamtschweizerischen Durchschnitt bezüglich Besteuerung näherbringen.

Man fragt sich: Was können bürgerlichen Werten verpflichtete Politiker an solch gemässigter Zielsetzung aussetzen? Liegt es in ihrem Interesse, dass Solothurn bezüglich Besteuerung weit schlechter dasteht als andere Schweizer Kantone? Benötigt Solothurns Staatskasse tatsächlich weit grösseren Steuergeld-Zufluss als die kantonalen Kassen anderer Kantone?

Zweideutiger Gegenvorschlag

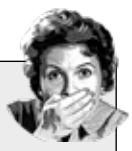
Der nachdrückliche Einsatz der Solothurner FDP für überdurchschnittliche Besteuerung nährt solche Schlussfolgerungen täglich, wie ein von der FDP favorisierter Gegenvorschlag zur «Jetz si mir draa»-Initiative illustriert: Für diesen Gegenvorschlag wird mit der Drohung geworben, die «Jetz si mir draa»-Initiative werde Steuerausfälle bewirken, die zu Abstrichen bei Bildungsanstrengungen und kantonaler Infrastruktur führen würden.

Inhaltlich will der Gegenvorschlag den bisher nicht limitierten Pendlerabzug auf siebentausend Franken beschränken. Er will die Steuereinnahmen nicht eindämmen, vielmehr erhöhen: Mit einer vom Gegenvorschlag anvisierten Revision der sogenannten Katasterwerte hätten Hauseigentümer eine erhebliche steuerliche Mehrbelastung zu verkraften. Der Gegenvorschlag will nicht Steuererleichterungen bewirken, sondern vielmehr der Kantonskasse zusätzliche Einnahmen sichern. Auf dass Solothurn im schweizerischen Besteuerungs-Durchschnitt noch weiter zurückfallen würde.

Man darf gespannt sein, ob der unermüdliche Einzelkämpfer Kantonsrat Rémy Wyssmann mit «Jetz si mir draa» das Kartell der Solothurner Hochsteuer-Befürworter knacken kann – oder ob Solothurn sich weiter als «Steuerhölle» bezeichnen lassen muss.

Der Ausgang der letzten Kantonsratswahlen dürfte dafür Vorzeichen setzen.

S.



LACHEN VERBOTEN!

Die SP-Co-Präsidenten und der Gewerkschaftsboss treffen sich im Bundeshaus. Da sagen die SP-Vertreter: «Ab dem Jahr 2030 arbeiten wir nur noch am Mittwoch.» Darauf meint der Gewerkschaftsboss: «Am Vormittag oder am Nachmittag?»

Akzent

Nato-Euphorie

Der Krieg gegen die Ukraine hat schlagartig klar werden lassen: Auch in Europa kann grausam geführter Krieg Tatsache werden. Der oberflächliche Spruch, wir seien «nur noch von Freunden umzingelt», verkam innert Stunden zu peinlicher Makulatur. Unsere Armee darf nicht länger vernachlässigt werden!

*

Und Erstaunliches, allerlei Planungen der Schreibtisch-Strategen zu Bundesbern kurzerhand vom Tisch Wischendes musste zur Kenntnis genommen werden: Der Verteidiger, seiner Heimat zutiefst verpflichtet, die Vorteile des zu verteidigenden Geländes aus genauer Kenntnis konsequent nutzend, dem Angreifer im überbauten Gebiet Kraft, Mannschaft und Mittel zehrenden Kampf um jedes einzelne Haus abfordernd, ist einem auf dem Papier weit überlegen scheinenden Gegner selbst dann ebenbürtig, wenn dieser Gegner mit schwersten Mitteln angreift.

*

Erfahrungen und Beobachtungen, die hiesige Verteidigungsplaner aufrütteln müssten: Die aufwendige Zentralisierung («Führung ab Bern») unserer noch hunderttausend Mann umfassenden Armee ist schleunigst rückgängig zu machen. Erfolgversprechende Verteidigung ist dann möglich, wenn die dafür eingesetzten Einheiten mit der Region, die sie zu verteidigen haben, aus dort laufend bewältigten Übungen eng vertraut sind, alle Geländevorteile so zu nutzen wissen, dass sie die Angreifer zur Verzweiflung treiben können. Wer sich – wie das die Ukrainer heute zeigen – so zu verteidigen versteht, zermürbt offensichtlich selbst übermächtige Angreifer.

Beunruhigend ist, dass aus Bern, aus der Armeeführung, aus dem VBS zu solcher Erkenntnis bisher kaum etwas verlautet. Eine Schrift zur Thematik liegt immerhin vor, herausgegeben von «Pro Militia» («Die sicherheitspolitische Zukunft der Schweiz – Alleingang oder Kooperation?», undatiert).

Diese Schrift hinterlässt allerdings zweispältigen Eindruck. Einerseits beklagt sie völlig zu Recht die sträfliche Vernachlässigung der Armee durch die Politik in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren. Als Antwort auf diese Vernachlässigung tendiert sie allerdings mit nicht nachvollziehbarem Eifer auf internationale Kooperation – wobei als Kooperationspartner, wie diese Schrift ausführt, einzig die Nato in Betracht käme.

*

Kaum ein Wort darüber, dass mit Überzeugung und Wehrwillen vorgetragene Verteidigung des eigenen Landes, wie sie derzeit in der Ukraine stattfindet, selbst übermächtige Gegner zwar nicht besiegen, aber um den Eroberungserfolg bringen kann. Die Schweizer Armee muss gegen niemanden einen Krieg entfesseln und gewinnen. Sie ist eine Verteidigungsarmee. Sie darf, wenn unser Land je angegriffen werden sollte, den ihr aufgezwungenen Krieg indessen keinesfalls verlieren.

Diesen elementaren Auftrag hat unsere Armee zu erfüllen – abgestimmt auf kriegsvermeidende Neutralitätspolitik der Staatsführung. Eine Aufgabe, der auch ein entschlossener Kleinstaat gewachsen ist. Auf dass die Vernachlässigung der Armee in den letzten Jahren aufgeholt werde, werden der Armee jetzt deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Das Geld muss aber der Schweizer Armee, nicht einem Ableger der Nato zugutekommen.

*

Die politische Linke hat die Armee während der letzten fünfundzwanzig Jahre unablässig bekämpft. Sie fordert – welch Skandal – in ihren Programmen noch heute die Armee-Abschaffung. Verhängnisvoll war, dass die politische Mitte – FDP und CVP – gleichzeitig all ihr politisches Handeln mehr und mehr an Brüssel orientierte – und das Interesse an einer die Heimat verteidigenden Armee zunehmend verlor. Dazu ist Korrektur, gründliches Umdenken erforderlich. Unsere Armee soll eine reine Verteidiungungsarmee sein, trainiert darauf, das eigene Land im Ernstfall vor Fremdbesetzung zu schützen. Anlehnung an die Nato-Streitkräfte, die sich auch auf Angriffe vorbereiten, schadet der Sicherheit der Schweiz.

Oft vermisste man in der Vergangenheit, dass wenigstens hohe Offiziere unüberhörbar Kritik geübt hätten an der politisch gewollten Vernachlässigung der Landesverteidigung. Scheuten sie die Konfrontation mit dem politischen Zeitgeist?

Im Blick auf die Welt von heute muss es jetzt vorbei sein mit jeglicher Vernachlässigung unserer Armee. Aber nicht Kooperation mit einer Grossmacht-Streitkraft ist anzustreben. Wir stehen zur schweizerischen Verteidigungsarmee die – in Übereinstimmung mit glaubwürdiger Neutralitätspolitik – einzig dazu da ist, unserem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit und die direkte Demokratie zu bewahren.

us

«Das aktuelle Zitat»

«Russland versucht ein neues Modell internationaler Beziehungen durchzusetzen: keinen kalten Krieg, sondern heissen Frieden. Es ist ein Frieden, der in Wahrheit ein hybrider Krieg ist, in dem militärische Interventionen als friedenserhaltende humanitäre Missionen deklariert werden. Wir haben solche Formulierungen schon öfter gehört. Russland übernimmt sie jetzt mit Verspätung.»

Slavoj Zizek, Philosoph, im «Spiegel» vom 26. März 2022

EU-Film-Diktat?

Nicht mit uns!

Samuel Hasler, Leiter Referendum Junge SVP Schweiz, Buchs AG

Am 15. Mai 2022 stimmen wir über das neue Filmgesetz ab. Dieses zwingt Unternehmen, ihr Film- und Serienangebot nach staatlichen Kriterien umzugestalten. Neu muss jeder dritte Film europäischen Ursprungs sein, zudem wird neu die Filmsteuer eingeführt. Missratener kann ein Gesetz nicht sein! Urteilen Sie selbst.

In der letzten Herbstsession verabschiedete das Parlament das neue Filmgesetz. Seine zwei Kernforderungen hat die JSVP, die Jungfreisinnigen und die JGLP dazu veranlasst, das Referendum zu ergreifen und über 70'000 Unterschriften zu sammeln. Wir wollen weder eine Filmquote noch eine Filmsteuer.

Europäischer Heimatsschutz und Subventionitis ad absurdum

Doch woher kommt dieses Gesetz, das die bürgerlichen Jungparteien zur Weissglut treibt? Das Filmgesetz hat seinen Ursprung in Brüssel, dem Mekka der Bürokratie. In ihrer vermutlich endlosen Langeweile entschieden sich die EU-Funktionäre, ein neues Gesetz zu kreieren, welches die Freiheit und Souveränität der Bevölkerung beschneidet. Man beschloss, den europäischen Heimatschutz zu stärken und eine neue Steuer zu erfinden. Und das Ganze packte man in die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie).

Alle EU-Länder werden verpflichtet, ihre Medienunternehmen diesem Gesetz zu unterwerfen: Neu muss jeder Film- und Serienanbieter im Internet mindestens 30 % europäische Inhalte anbieten, und der Staat muss eine Steuer von mindestens 4% für das inländische Filmwesen erheben. Die linke Filmlobby feiert, die bürgerlichen Jungparteien wehren sich.

Die Filmquote ist nichts anderes als ein staatlicher Eingriff in den freien Markt, in die Freiheiten der Konsumenten. *Wir* wollen entscheiden, welche Filme und Serien wir sehen möchten und nicht «Papa Berset» oder «Mamma Uschi». Die Filmsteuer ist genauso unnötig wie sinnlos. Die Schweizer Filmemacher werden bereits heute mit über 120 Millionen Franken pro Jahr subventioniert. Ein prall gefühlter Subventionstopf zur Förderung missratener Filme, welche niemand in unserem Land sehen will. Der linken Filmlobby muss der Hahn zugedreht statt weiter aufgedreht werden!

Fehler im Abstimmungsbüchlein

Jetzt denkt man sich: Wie blöd müssen die EU-Mitgliedsstaaten nur sein, dass sie ihre Bevölkerung einem solchen Gesetz unterwerfen? Doch ist dem so? Die Karte im Abstimmungsbüchlein auf Seite 13 zeigt über zwanzig Länder in Europa, welche eine solche Steuer kennen. Doch diese Karte ist falsch! Denn nur neun europäische Länder kennen eine solche Steuer, bei einer Mehrheit sogar eine deutlich tiefere als die unsere. Nachdem die linke Filmlobby seit Wochen den Abstimmungskampf mit Fake News manipuliert, hat nun sogar der Staat diese Lügen übernommen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die Grafik zwar revidiert, doch mehr als ein Kompromiss zwischen Wahrheit und Lüge ist es nicht.

Am 15. Mai haben wir nun die Chance, die linke Filmlobby, die linken Politiker und das diktatorische Brüssel in die Schranken zu weisen. Sagen auch Sie Nein zu diesem bevormundenden, unnötigen neuen Filmgesetz!

Samuel Hasler

Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

Negativzinsen!
Und jetzt?

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15 I CH-8302 Kloten
T +41 (0)44 815 59 00 I info@ehrenspergerpartner.ch

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI POSCHIAVO/GR

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Das Böse gegen das Gute

Hinter feindlichen Linien

An einem Samstag klingelte mein Telefon mehrmals – eine unbekannte Nummer. Beim zweiten Anruf nahm ich ab. Eine aufgebrachte Stimme war am anderen Ende. Die Person hatte gerade einen meiner Artikel über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gelesen. Putins kranker Plan eines Blitzkrieges ist gescheitert. Deshalb lässt der ehemalige KGB-Agent gezielt die ukrainische Zivilbevölkerung bombardieren, massakrieren und foltern. Zudem lässt er Frauen vergewaltigen. So will Putin den heldenhaften Widerstandswillen der Ukrainer brechen.

Die anrufende Person erklärte mir, es gebe in diesem Krieg aber nicht nur Schwarz und Weiss. Die Grautöne müssten auch beachtet werden. Ich schreibe hier, was ich auch dem Anrufer sagte: Die Ukraine ist ein geopolitischer Spielball der EU, der USA und von Russland. Die ukrainische Zivilbevölkerung kann dafür nichts. Die EU- und Nato-Erweiterungen sind für die Eskalation mitverantwortlich. Wenn aber das kommunistisch geprägte Russland mit Panzern und Bomben einen europäischen Nationalstaat angreift, dann gibt es keine Grautöne. Wenn Putin ein Entbindungs- und Kinderkrankenhaus mit schwangeren Frauen bombardieren lässt, dann gibt es keine Grautöne. Wenn Putin wie ein Mafiaverbrecher mehrere Todesschwadronen losschickt, um den gewählten ukrainischen Präsidenten Selenskyj ermorden zu lassen, dann gibt es keine Grautöne.

Was ist, wenn Putins Handeln weltweit Schule macht? Was, wenn Chinas Hunger irgendwann nicht mehr wirtschaftlich gestillt werden kann – und es seine Welteroberung militärisch verfolgt? Die westlichen Demokratien haben alle ihre Schwächen. Doch sie streben im Grundsatz nach Freiheit und Wohlstand. «Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind», sagte einst Winston Churchill. Dieser Krieg ist ein Angriff eines Gesellschaftssystems auf ein anderes: Diktatur gegen Demokratie. In diesem Sinne kämpft das Böse gegen das Gute. Ich sehe hier keine Grautöne. Der Anrufer gab mir am Ende unseres Gespräches recht.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 37)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH

Nach umfangreichen Abklärungen und Vorarbeiten lanciert die Auns im Jahr 2008 erstmals eine Volksinitiative, und zwar mit dem Titel **«Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»**

Dies aufgrund der Tatsache, dass der EU-Beitritt von verschiedenen EU-Beitrittsaposteln – Politikern, Parteien und weiteren Kreisen – schleichend vorangetrieben wird. Besonders gefährlich ist die Forcierung von internationalen Verträgen, die uns **institutionell** in die EU und in andere internationale Organisationen einbinden wollen, sodass wir uns fremdem Recht und sogar fremden Richtern unterwerfen müssten.

Zudem setzen die EU-Funktionäre die Schweiz massiv unter Druck und werfen uns «Rosinenpickerei» vor. Vor allem unser Steuerwettbewerb, der für vergleichsweise günstige Steuern sorgt, ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie wollen in allen Staaten möglichst hohe Steuern und Abgaben, damit der zentralistische Brüsseler Apparat, der damals schon über 200 Milliarden Franken jährlich verschlingt, finanziert werden kann.

Mit einem neuen **Auns-Werbeprospekt**, der grosse Beachtung findet, prangern wir die EU-Arroganz an. Wir listen auf, welche enormen Leistungen unser Land für die EU bereits erbringt: Gegen 400 Millionen Franken jährlich aus Zinserträgen aufgrund der «Bilateralen», 1 Milliarde an die EU-Oststaaten, gegen 30 Milliarden für die Neat, massive Verbilligung für den Transit von EU-Lastwagen, offener Arbeitsmarkt für EU-Bürger mit attraktiven Sozialleistungen, damals schon rund 200'000 Grenzgänger, die bei uns Arbeit finden etc.

*

Zurück zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk»: Für die Ausarbeitung der anspruchsvollen neuen Verfassungsbestimmung gelingt es uns, namhafte Rechtsprofessoren und Bundesrichter beizuziehen: **Prof. Dr. Etienne Grisel** von der Universität Lausanne, sowie die Bundesrichter **Dr. Hansjörg Seiler** und **Dr. Peter Karlen**.

Der neue Verfassungsartikel, den die Auns-Gremien schliesslich einstimmig verabschieden, lautet:

Artikel 140 Obligatorisches Referendum
Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:
Absatz 1 Buchstabe d der Bundesverfassung **(neu)**
d. völkerrechtliche Verträge, die
1. *eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen;*
2. *die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen;*
3. *Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen;*
4. *neue einmalige Ausgaben oder Kosten von mehr als 500 Millionen Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben oder Kosten von mehr als 50 Millionen Franken nach sich ziehen.*

Konkret geht es also um eine **Ausweitung des Obligatorischen Referendums**. Das heisst: Internationale Verträge, die uns verpflichten, in wichtigen Bereichen fremdes Recht (insbesondere EU-Recht) zu übernehmen und/oder hohe Kosten zur Folge haben, müssen automatisch dem Volk und den Kantonen zur Abstimmung unterbreitet werden. Und sie sind nur gültig, wenn sie bei der Abstimmung eine doppelte Mehrheit erreichen. So werden die Volksrechte gestärkt, und die Souveränität der Kantone ist wieder hergestellt.

Wie wirkt die Initiative konkret?

Nach Annahme unserer Volksinitiative müssten u.a. die folgenden Vorlagen zwingend dem Volk und den Kantonen unterbreitet werden:

- **Schengen**: Mit der Auns-Initiative wäre Schengen überhaupt abgelehnt worden, weil das Ständemehr nicht erreicht wurde. Immerhin muss nun das Folgerecht stets die doppelte Mehrheit von Volk und Ständen finden.
- die **Ausweitung der Personenfreizügigkeit** auf Rumänien und Bulgarien und weitere Staaten
- **Zahlungen** an die neuen EU-Staaten
- das vom Bundesrat (damals schon) anvisierte **Rahmenabkommen** Schweiz-EU
- das **Dienstleistungsabkommen**, das unser Bankkundengeheimnis definitiv abschafft
- der für unsere Bauern ruinöse **EU-Agrarfreihandel**

- das **Welthandelsabkommen** WTO und die **Zollunion**

Am 13. März 2008 starten wir die Unterschriftensammlung und am 12. August 2009 reichen wir die Initiative mit 108'579 Unterschriften ein.

Die Initiative wird in der Volksabstimmung vom 12. Juni 2012 leider abgelehnt. Denn die vereinigte Gegnerschaft von Mitte-links hat den Leuten «erfolgreich» weismachen können, die Initiative bringe unser Land aussenpolitisch ins «offside» und dergleichen Unsinn mehr. *Entscheidend ist jedoch, dass nun das Rahmenabkommen, das uns definitiv in die EU eingebunden hätte, im Jahre 2021 bereits im Bundesrat gescheitert ist.*

*

Ein kleiner Exkurs: Im März 2007 zieren wir das Titelblatt unserer Informationsbroschüre «AUNS KLARTEXT» (ursprünglich «Grauer Brief») mit dem Bild der kleinen Tochter meines Stellvertreters Werner Gartenmann mit Sonnenhütchen im Gras sitzend. Und wir legen der aufgeweckten Kleinen die Worte in den Mund: «Wenn ich gross bin, werde ich auch der Auns beitreten.» Und tatsächlich hat dies **Stephanie-Marion Gartenmann**, inzwischen 20-jährig und Jus-Studentin, wahrgemacht. Sie ist eine sehr aktive und versierte Jungpolitikerin geworden – und wir werden mit Sicherheit noch viel Politisches von ihr hören!

(Fortsetzung folgt) *Hans Fehr*

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2022: Fr. 60.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: **Unterschrift:**

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER TIERE»

Eule
«Alt werden möchte ich eigentlich nicht!»
sprach eine Eule mit ernstem Gesicht.
«Die Jugend ist schön, wenn auch heillos verdorben!
Am Alter sind jedoch schon viele gestorben.»

Die Schweizerzeit-Agenda

Donnerstag, 5. Mai 2022, 18.00 Uhr
«F-35 – Sicherheit am Schweizer Himmel»
Öffentliche Informationsveranstaltung mit Bundesrätin Viola Amherd, Podiumsdiskussion, Festwirtschaft und Blaskapellenkonzert
Mehrzweckhalle Holziken, Hauptstrasse 26, 5043 Holziken/AG
Veranstalterin: SVP Holziken

Freitag, 6. Mai 2022, 19.00 Uhr
Energieknappheit
Referate von Andreas Zuber (Kantonsrat und Mitarbeiter Stadler-Rail), Fabian Etter (Betriebsleiter Gamper & Co. Gemüsekulturen), Karl Spiess (pensionierter Vorsitzender, Regio Energie, Amriswil), Christian Imark (Nationalrat SO)
Mehrzweckhalle Schule Erlen, Hauptstrasse 84, 8586 Erlen/TG
Veranstalterin: SVP Thurgau

Donnerstag, 12. Mai 2022, 18.45 Uhr
«Bedroht Putin mit seinem Krieg auch die Sicherheit der Schweiz?»
Referat von Peter Regli, Divisionär a. D. und ehemaliger Chef Nachrichtendienst
Hotel Widder, Rennweg 7, 8001 Zürich
Veranstalterin: PRO LIBERTATE und Parteiunabhängiges Informationskomitee (PIKOM)

Donnerstag, 2. Juni 2022, 19.30 Uhr
Klimaschutz und Versorgungssicherheit
Informationsveranstaltung mit Referaten von Martin Schwab (CEO CKW) und Christian Imark (NR SVP SO)
Centralschweizerische Kraftwerke AG, Rathausen 1, 6032 Emmen/LU
Veranstalterin: SVP Kanton Luzern und CKW Emmen / Freier Eintritt

Büchertisch

BESTSELLER

Der Energie-Irrtum

Warum Erdgas und Erdöl unerschöpflich sind

Hans-Joachim Zillmer
Dass CO_2 den Untergang der Erde bewirken könnte, wird heute von den Medien mit linksgrünem Eifer als Dogma verbreitet. Dieses linksgrüne Denksystem, das Klimamodell des Welt-Klimarats bestimmend, wird vom Autor widerlegt. Ein Buch, das angesichts der von Energie-Dogmen heimgesuchten Welt Pflichtlektüre sein sollte.

LangenMüller, München 2020 (2009), 335 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50

Warum die Schweiz reich geworden ist

Mythen und Fakten eines Wirtschaftswunders

Markus Somm
Dass Schweizer mit erfolgversprechenden Ideen für wirtschaftliche Tätigkeit in unserem freiheitlichen Land ihren Ideen Taten folgen lassen konnten: Dieser Voraussetzung verdankt die Schweiz ihre erstaunliche wirtschaftliche Blüte, solides Fundament des Sonderfalls Schweiz.

Stämpfli, Bern 2022, 296 S., geb., (Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10

Der Rufer aus der Wüste

Wie 16 Merkel-Jahre Deutschland ramponiert haben

Chaim Noll
Ein hervorragendes Buch, vom etablierten Buchhandel gemieden, in der Schweiz wahrscheindlich bloss von der Schweizerzeit empfohlen: Es präsentiert die Bilanz des Niedergangs, den Deutschland in der Regierungszeit von Angela Merkel erlebt hat. Auch Europa, auch die Schweiz werden von diesem Niedergang ernsthaft getroffen.

Achgut-Edition, Berlin 2022, 198 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 24.70 (Bei diesem Buch muss mit längerer Lieferzeit gerechnet werden!)

AKTUELL

Die Utopia-Methode

Der neue Kulturkampf gegen Freiheit und Christentum

Giuseppe Gracia
Klimaschutz, Gender-Mainstreaming, Proteste gegen Sexismus und Rassismus: Von den Medien pauschal gutgeheissene Anliegen, wobei der Rote Faden im neuen Kulturkampf allerdings nie offengelegt wird: Die kategorische Ablehnung der jüdisch-chirstlichen Wurzeln der westlichen Zivilisation. Ein hervorragendes Buch wider oberflächlichen Zeitgeist.

Fontis, Basel 2022, 96 S., geb., ill., kartoniert, (Richtpreis Fr. 14.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.05

Aufstieg und Fall grosser Reiche

Von Atlantis bis zum Sowjet-Imperium

Holger Sonnabend
Eine reich bebilderte Dokumentation über Grossreiche, die im Lauf der Weltgeschichte entstanden, nach einiger Zeit wieder verschwunden sind. Mykene, das Assyrerreich, das Perserreich, Sparta, Athen, Alexander der Grosse, Attila, Staufer, Venedig, Habsburg, Napoleon, Grossbritannien: Dies eine (eher kleine) Auswahl von Namen, die den Inhalt dieser weltgeschichtlichen Übersicht prägen.

WBG/Theiss, Darmstadt 2022, 304 S., geb.,.reich ill., (Richtpreis Fr. 49.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.90

Die Macht der Clans

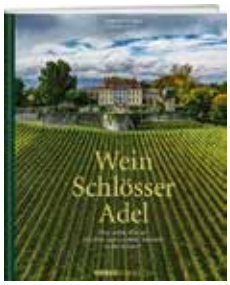
Arabische Grossfamilien und ihre kriminellen Imperien

Thomas Heise, Claas Meyer-Heuer
Eine Beklemmung auslösende Dokumentation über die Folgen leichtfertig zugelassener Masseneinwanderung aus Nahost in mehrere deutsche Grossstädte. Arabischstämmige Clan-Herrschaft bestimmt dort immer dominierender das Geschehen. Fakten, die beunruhigen.

DVA, München 2020, 343 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.–

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Wein – Schlösser – Adel

Über noble Winzer und ihre charmanten Châteaux in der Schweiz

Andreas Z'Graggen, Markus Gisler
Wahrhaftig ein Prachtsband – interessant gestaltet, herrlich bebildert: Wundervolle Schweizer Schlösser. Mit Eigentümern, die hervorragende Weine anbauen.

Weber, Thun/Gwatt 2021, 448 S., Grossformat, geb., herrlich ill., (Richtpreis Fr. 89.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 80.10

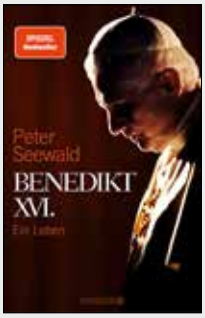
Lieblingsorte – Dölf Ogi

Im wildromantischen Gasteretal

Andrea Fischbacher
Alt Bundesrat Dölf Ogi nimmt Sie mit an seine Rückzugsplätze im Berner Oberland, die ihm regelmässig Abstand vom hektischen Tagesgeschehen sichern.

Weber, Thun/Gwatt 2020, 216 S.,reich. ill., (Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10

BUCHZEICHEN



Benedikt XVI.

Ein Leben

Peter Seewald
Papst Benedikt XVI., seit einigen Jahren im Ruhestand, ist – welcher Konfession man persönlich auch angehört – eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des christlichen Abendlands. Zu seinem 95. Geburtstag ist eine repräsentative, umfassende Biografie zu diesem einzigartigen Fahnenträger christlichen Menschseins erschienen. Ein Buch, das jede Leserin und jeden Leser bereichert.

Das Buch beschränkt sich in keiner Weise auf blosse Lebensbeschreibung. Es zeigt einprägsam, welchen Quellen Joseph Ratzinger zeit seines Lebens, schliesslich als Papst Benedikt XVI., unverwechselbare Einflussnahme auf das geistige und geistliche Leben im Abendland entnommen hat.

Droemer, München 2020, 1150 Seiten, geb., ill., (Richtpreis Fr. 49.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.90

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- ☐ Hans-Joachim Zillmer – Der Energie-Irrtum **à Fr. 30.50**
- ☐ Markus Somm – Warum die Schweiz ... **à Fr. 44.10**
- ☐ Chaim Noll – Der Rufer aus der Wüste **à Fr. 24.70**

Aktuell

- ☐ Giuseppe Gracia – Die Utopia-Methode **à Fr. 13.05**
- ☐ Holger Sonnabend – Aufstieg und Fall ... **à Fr. 44.90**
- ☐ Heise, Meyer-Heuer – Die Macht der Clans **à Fr. 26.–**

Heimat

- ☐ Z'Graggen, Gisler – Wein - Schlösser - Adel **à Fr. 80.10**
- ☐ Andrea Fischbacher – Lieblingsorte Dölf Ogi **à Fr. 44.10**

Buchzeichen

- ☐ Peter Seewald – Benedikt XVI. **à Fr. 44.90**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei. *(08/29.04.2022)*

Name / Vorname

Strasse / Nr.

PLZ / Ort Tel-Nr.

Datum Unterschrift

SCHWEIZERZEIT-VIDEOS

Die Schweizerzeit-Videos finden Sie online auf

www.schweizerzeit.ch, auf der **Schweizerzeit App**
und auf unserem **YouTube-Kanal «Schweizerzeit Verlags AG»**

Die Schweizerzeit produziert und verbreitet folgende Video-Formate:

➟ **«Schweizerzeit Aktuell», wenige Minuten, mehrmals pro Woche**
➟ **«Schweizerzeit Magazin», rund eine halbe Stunde, ein- bis zweimal die Woche**
➟ **«Schweizerzeit Stammtisch», rund eine Stunde, vier- bis fünfmal im Jahr**

Abonnieren Sie unseren YouTube-Kanal, um keine Sendung zu verpassen.

Die nächste Schweizerzeit erscheint am

13. Mai 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Veranstaltungen: Denise Betschart

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 100.–

Bankrotteure und Rammböcke

Das Eidgenössische Parlament ist 2019 im Zuge der «Grünen Welle» bekanntlich weiter nach links gerutscht. Dies wirkt sich seither insbesondere auf gesellschaftspolitische Geschäfte aus: Die Linksliberalen haben konservative Wertehaltungen an den Rand gedrängt.

Mitte-Links nutzt ihren Machtzuwachs gezielt aus, um unsere Gesellschaftsordnung in rasantem Tempo umzugestalten. Nicht zufällig verläuft diese Zeitenwende parallel zum «Grossen Umbruch» in der einstigen CVP. Aus durchsichtigen, wahltaktischen Motiven hat sich die neue Partei «Die Mitte» von ihrem einstigen, christlich-konservativen Werte-Kompass verabschiedet. Gegenwehr leisten höchstens noch vereinzelte Parlamentarier – die grosse Mehrheit stimmt zwar teilweise noch richtig, entzieht sich dann aber den meisten Debatten und gibt das Feld frei.

Die Parteispitze um Nationalrat Gerhard Pfister vertritt die Haltung, mit Positionsbezügen zu gesellschaftspolitischen Weichenstellungen lasse sich bei einer sogenannt. «urban-weltoffenen» Wählerschaft kein Blumentopf gewinnen. Betrachtet man die sinkenden Wähleranteile, zahlt sich für «Die Mitte» allerdings auch der Liberallalla-Kurs nicht besonders aus …

Eine Schlüsselrolle des festzustellenden Linkstrends fällt der Grünliberalen Partei (GLP) zu. Seit dem Volks-Ja zur von ihr initiierten «Ehe für alle» im September 2021 wähnt sie sich im Hoch und zettelt seither laufend neue gesellschaftspolitische Dammbrüche an. Im Seitenwagen der kulturmarxistischen Linken profiliert sich die GLP als gesellschaftsliberaler «Rammbock», dem es durch liberal angehauchte Vermarktung immer häufiger gelingt, die FDP und die Mitte auf seine Seite zu ziehen.

Das neuste Beispiel ist die sogenannte Eizellenspende, die auf einen Vorstoss der GLP zurückgeht. Neu sollen hierzulande Ehepaare, die aufgrund der Unfruchtbarkeit der Frau keine Kinder zeugen können, mittels Eizellen einer Spenderin eine Schwangerschaft herbeiführen können. Seitdem im Seitenwagen der «Ehe für alle» die Samenspende für lesbische Paare legalisiert worden sei, gebe es keinen Grund mehr, die Eizellenspende zu verbieten – selbst wenn Frauenrechtlerinnen warnen, dass es sich dabei um einen schwerwiegenden Eingriff in den Körper handle, der mit erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden sei.

Fazit: Als nächstes steht jetzt bereits die Schaffung eines «Dritten Geschlechts» in der Pipeline. Kein Stein bleibt auf dem andern.

Anian Liebrand

Schluss Punkt